

Empfehlung der Mitglieder des Kreisverbandes Düsseldorf zum Umgang mit dem Leitantrag auf dem Landesparteitag am 15.10.2017

VerfasserInnen und UnterstützerInnen aus dem KV Düsseldorf: Julia Heggemann (Delegierte), Udo Bonn (Kreisvorstand und Delegierter), Heidemarie Behrens, Marcel Bauer (Delegierter), Peter Kirchner (Kreisvorstand), Dana Morisse (Kreisvorstand und Delegierte)

Der vorliegende Leitantrag hat bei zahlreichen GenossInnen, Delegierten und auch bei Mitgliedern des Kreisvorstandes eine starke kritische Diskussion ausgelöst. Auch in verschiedenen AGs der LINKEN wurde der Antrag stark kritisiert.

Seien es die Abschnitte zu Umwelt, oder Frauen, inhaltlich sind die aufgekommenen Kritikpunkte zu zahlreich, um hier alle zu nennen. Stark heraus stach aber die fehlende Auseinandersetzung mit dem Erstarken der rechtspopulistischen AfD und der neoliberalen FDP. Wie gehen wir damit um, was bedeutet das für die Arbeit der LINKEN in NRW und wie bilden wir eine starke Stimme dagegen, auch ohne Beteiligung im Landtag? Müssen wir nicht ohne Landtagsbeteiligung viel stärker auf außerparlamentarische Kräfte setzen, als dies im Leitantrag vorgeschlagen wird?

Der Abschnitt „Alle Teile der Klasse ansprechen“ suggeriert, die anvisierten Teile der Klasse beschränken sich auf „Arbeiter*innen insbesondere mit niedrigem Einkommen, prekär Beschäftigte und Empfänger*innen von Transferleistungen. Ohne in Abrede zu stellen, dass die genannten Teile der Klasse wichtige und von uns mit großer Konzentration bedacht werden müssen: Es sind bei weitem nicht „alle Teile“ der Klasse. Auch für die neben den „Abgehängten“ zur Arbeiterklasse gehörenden Menschen muss eine Politik entwickelt werden, die auf eine sozial gerechtere, solidarisch multikulturelle und friedliche Perspektive ausgerichtet ist. Das kann nur DIE LINKE leisten, sie muss es aber auch tun!

Konkret heißt das für diesen Leitantrag: Wie entwickeln wir im Landesverband Arbeitsformen und -strukturen, die sich neben den „Abgehängten“ der Arbeiter*innenklasse insgesamt zuwendet. Welche Politik müssen wir für die durch Globalisierungs- und Digitalisierungstempo geprägten Arbeits- und Lebensverhältnisse entwickeln, damit sich sowohl die „alten“, traditionellen Belegschaften wie die „neuen“ (wenn auch nicht prekär) Ausgebeuteten auf DIE LINKE beziehen können?

Insgesamt müssen wir uns proaktiver mit dem Themenkomplex der schnell voran schreitenden Digitalisierung auseinandersetzen, um die Belange und die Lebensrealität jüngerer Generationen, aber auch um etwaige Unsicherheiten der älteren Generationen anzusprechen. Die Digitalisierung birgt für sozialistische Lebensentwürfe Chancen und Risiken. Deshalb darf die Auseinandersetzung damit und die Ausgestaltung konkreter Auswirkungen (wie etwa im Arbeitsrecht) keinesfalls nur den neoliberalen Parteien, allen voran der FDP, überlassen werden.

Die Kritik am vorliegendem Leitantrag bezieht sich andererseits noch auf den Stil und die Sprache: so ist z.B. von „Ausländern“ (vgl. Zeile 99) die Rede. Das ist doch für die Sprache der LINKEN sehr ungewöhnlich. Der Text wirkt zudem sehr fragmentiert und lässt kaum einen roten Faden erkennen.

Der Antrag lässt außerdem die Vision der LINKEN für eine gerechtere, friedlichere, solidarische, antikapitalistische, anti-rassistische Welt vermissen. Wir kämpfen für einen demokratischen Sozialismus, der einen umfassenden Gegenentwurf zu den neoliberalen und nationalistischen Bewegungen dieser Zeit zu bieten hat. Viele GenossInnen engagieren sich leidenschaftlich mit Herz und Verstand für diese Vision – lasst uns dem in dem Leitantrag gerecht werden!

Nach zwei intensiven Wahlkämpfen in diesem Jahr finden wir es mehr als verständlich, dass es zeitlich sehr herausfordernd war, den Leitantrag noch während des BTW zu formulieren und rechtzeitig an alle Delegierten zu verschicken. Da wir den Antrag nicht in dieser Form und auch nicht als Flickwerk mit zig Änderungen verabschieden möchten, empfehlen wir, dass der Antrag durch den Landesvorstand umfassend überarbeitet wird, auch unter Berücksichtigung der eingegangenen Änderungsanträge. Für die überarbeitete Fassung sollen zunächst per E-Mail Änderungsanträge möglich sein und nachfolgend soll per Beschluss per E-Mail durch alle Delegierten über den finalen Leitantrag abgestimmt werden.